



Webkonferenz: Bundespolitisches Forum am 30. Oktober 2020 Häusliche 24-Stunden-Betreuung: Was muss Politik ändern?

Vorbereitetes Eingangsstatement zur Podiumsdiskussion

Kurze Vorstellung

Dank für die Einladung

Erklärung: ggf. muss ich zwischendurch weg wegen einer namentlichen Abstimmung im Bundestag

Wir sprechen hier und heute über ein wichtiges aber auch schwieriges Thema. Ganz offen kann ich sagen: Es ist politisch schwer zu lösen. Aber wir müssen darüber diskutieren. Deshalb danke ich den Verbraucherzentralen für die Organisation des Austauschs hier und ihre wichtige Projektarbeit in diesem Bereich.

Bislang haben wir wenig valide Daten. Wir sprechen nicht umsonst vom GRAUEN Pflegemarkt. Laut ver.di sind ca. 300.000 Personen aus Mittel- und Osteuropa in der 24-Stunden Betreuung beschäftigt – andere sprechen von rund 500.000 Tätigen. Davon sind sicherlich viele legal und arbeitsrechtlich bewusste Arbeitgeber*innen. Andererseits gibt es eine nicht bekannte Anzahl, die illegal arbeiten lassen, beispielsweise über Scheinselbstständigkeit.

Darüber hinaus wissen wir wenig Genaues. Wir wissen wenig über die Betreuungskräfte, über die Situation der Angehörigen der Pflegebedürftigen, über Geschlechtermerkmale und anderes. Aber klar ist: Es gibt den Bedarf in diesem Segment der Sorgearbeit. Wenn ich mit Bürger*innen spreche und auf die Einzelfälle schaue, dann wird mir auch klar: Hier trifft Not auf Not.

Die 24-Stunden-Betreuung trägt dem Wunsch vieler Pflegebedürftigen Rechnung, möglichst lange im eigenen Haushalt so selbstbestimmt wie möglich leben zu können. Für die Angehörigen ist diese eine Entlastung und sie vermittelt ein Sicherheitsgefühl. Eine 24-Stunden-Betreuung über ambulante Betreuungs- und Pflegedienste zu gewährleisten, ist für viele Haushalte aber zu teuer.

Auf der anderen Seite werden die sogenannten Live-in-Beschäftigten häufig für verhältnismäßig viel Arbeit in der Regel nicht angemessen entlohnt. Sie arbeiten in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Staatliche Kontrollen hinsichtlich Qualität der geleisteten Arbeit, Arbeitsschutzstandards und Entlohnung sind kaum möglich. Die grenzüberschreitende Situation bringt zusätzliche Herausforderungen mit sich. Häufig wird den Beschäftigten vermittelt, das deutsche Arbeitszeitgesetz gelte nicht.



Was also macht die Politik angesichts dieser Situation?

Ich habe mich bei meinen Kolleg*innen der Gesundheitspolitik schlau gemacht. In dieser Legislaturperiode hat es zum Bereich der 24h-Pflege keine gesetzgeberischen Aktivitäten gegeben. Auch der Koalitionsvertrag enthält dazu keine Vorhaben.

Aber es wurde einiges zur Entlastung der pflegenden Angehörigen unternommen – aber überwiegend in der stationären Langzeitpflege - z.B. keine Zuzahlung von Angehörigen unter 100.000 Euro für direkte Verwandte

Aber auch für die ambulante Betreuung und Pflege wurde im Rahmen der Pflegereformen einiges getan:

- Erhöht wurde das monatliche Pflegegeld,
- die Möglichkeiten, Verhinderungs- sowie Tages- und Nachtpflege in Anspruch zu nehmen, wurden erweitert
- gerade gestern hat der Deutsche Bundestag die Verdoppelung der Behinderten- und Pflege-Pauschbeträge im Steuerrecht ab 2021 beschlossen. Das ist für die rund zehn Millionen Personen mit Behinderungen und circa 1,7 Millionen Pflegebedürftigen, die ausschließlich von ihren Angehörigen betreut werden, im Alltag eine große Entlastung.

Mit ist durchaus bewusst, dass diese Entscheidungen angesichts einer alternden Gesellschaft noch nicht ausreichen. Wir machen uns in der SPD-Fraktion natürlich Gedanken, wie Politik die Rahmenbedingungen für die häusliche Pflege weiter verbessern kann. Dazu gehört etwa:

- Wir müssen analysieren, ob die vielfältigen Angebote für Pflege- und andere haushalts- und personenbezogene Dienstleistungen in der alltäglichen Praxis ausreichen, oder ob Lücken bestehen. Denn diese Leistungen bieten die Möglichkeit, Alternativen für die 24h-Pflege zu entwickeln. Wir müssen diese Alternativen aufzeigen und stärken.
- Die Vielfalt der Angebote und Unterstützungsleistungen führt häufig auch zu Überforderung von Pflegebedürftigen und pflegenden Angehörigen. Ich unterstütze daher die Einführung von Pflegelotsen in die Regelversorgung durch die Pflegeversicherung. Mit ihrer Hilfe soll jeder Pflegebedürftige die individuelle Hilfe erhalten, die er benötigt.
- Aus meiner Sicht müssen wir perspektivisch auch darüber nachdenken, wie wir eine steuerfinanzierte Unterstützung für pflegende Angehörige finden. Es liegen hierzu auch bereits zahlreiche Überlegungen vor – die allerdings bisher an der Finanzierung in Milliardenhöhe gescheitert sind. Noch gibt es dazu keine umfassende politische Unterstützung.

Aber warum soll nicht auch am Lebensende möglich sein, was am Lebensanfang mittlerweile selbstverständlich ist? Ich befürworte eine steuerfinanzierte Unterstützung ähnlich dem Elterngeld am Lebensende.



- Wir müssen die Verbraucherrechte in der ambulanten Pflege stärken. Der ambulante Pflegevertrag muss endlich für einen fairen Ausgleich der unterschiedlichen Interessen sorgen. Die Gruppe der Pflegebedürftigen ist besonders schutzbedürftig. Auch hier sind die Verbraucherzentralen ein starker Impulsgeber – mein herzlicher Dank dafür.
- Ich setze mich außerdem für die Etablierung eines Marktwächters Gesundheit und Pflege ein. Marktwächter gibt es bereits für Finanzen, Digitale Welt und Energie – und hier klappt es gut.

Mir ist grundsätzlich sehr wichtig:

Ich finde, dass auch die „24-Stunden-Betreuung“ nicht losgelöst diskutiert werden kann von der Debatte um den Gender Care Gap und um die Schaffung besserer Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Pflege für die in Deutschland lebende Bevölkerung.

Gerade Betreuung und Pflege muss unter den Gesichtspunkten der Geschlechtergerechtigkeit analysiert werden. Fakt ist doch: Die ambulante Pflege trifft Frauen in besonderem Maße. Die überwiegende Mehrheit der betreuenden und pflegenden Menschen sind weiblich – sowohl im professionellen Sektor als auch in der häuslichen Pflege.

Damit die häufig als „Umsonst-Arbeit“ erlebte Pflegesituation nicht zur Altersarmut der Frauen führt, braucht es weitere politische Regelungen bei der Organisation von Erwerbs- und Sorgearbeit. Ich unterstütze deshalb das Bündnis „Sorgearbeit fair teilen“. Um gleiche Verwirklichungschancen für alle Geschlechter herzustellen, müssen wir weiter strukturelle Benachteiligungen abbauen. Die Sorge- und Erwerbsarbeit soll fair und gerecht zwischen den Geschlechtern verteilt werden. Das betrifft auch die ambulante bzw. die häusliche Pflege.

Last but not least: Weiterhin müssen die Perspektiven von Menschen mit Migrationsbiographie stärker einbezogen werden. Wie wollen wir eine „24-Stunden-Betreuung“ für Menschen, für die gerne jemand aus dem europäischen Griechenland oder aus der nicht zur der Europäischen Union angehörigen Türkei herbeiholen wollen? Wie diskutieren wir die Interessen und Bedarfe von Menschen mit Behinderungen nach Assistenz und Alltagsbetreuung? Dürfen wir unterschiedliche „Arbeitsregime“ schaffen. Nicht in Frage stelle ich die Notwendigkeit nach der Notwendigkeit einer stärkeren interkulturellen Öffnung von Betreuung und Pflege. Wir brauchen unbedingt diversitätsgerechte Angebote zur Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Pflege – und das für jeden individuelle Lebenssituation.

Haben Sie herzlichen Dank für's Zuhören.